Agrarpolitik

Agrarpolitik 2030+: ***Neue Markteingriffe statt Vereinfachung***

27.11.2026

Auf einen Blick

- Die Agrarpolitik 2030+ baut die staatliche Steuerung der Agrarmärkte aus, statt die Agrarpolitik zu vereinfachen.
- Instrumente wie verbindliche Zielvereinbarungen und mehr Marktbeobachtung erhöhen den administrativen Aufwand, aber nicht die Einkommen für die Betriebe.
- economiesuisse lehnt die Vorlage ab und fordert eine grundlegende Überarbeitung.

Die Vorlage zur Agrarpolitik 2030 (AP30+) verpasst die Chance, die Wettbewerbsfähigkeit der Schweizer Landwirtschaft zu stärken und die Agrarpolitik zu vereinfachen. Stattdessen baut sie die staatliche Steuerung der Agrarmärkte weiter aus.

economiesuisse lehnt die Vorlage in der vorliegenden Form ab (Link zur Stellungnahme). Die neuen Instrumente erhöhen den administrativen Aufwand entlang der gesamten Wertschöpfungskette, ohne dazu beizutragen, die Einkommen der Landwirtschaft am Markt langfristig zu verbessern. Zwar gehen die Ansätze für mehr Digitalisierung, ergebnisorientierte Direktzahlungen und einzelne Vereinfachungen im Vollzug in die richtige Richtung. Diese Elemente werden aber von neuen Markteingriffen in den Hintergrund gedrängt. Damit verfehlt die Vorlage ihre eigenen Ziele: Sie vereinfacht weder die Agrarpolitik, noch verbessert sie die wirtschaftlichen Perspektiven der Betriebe.

Zielvereinbarungen müssen freiwillig bleiben

Neu soll der Bund für Vereinbarungen innerhalb der Land- und Ernährungswirtschaft Ziele, Zielwerte und Fristen vorgeben. Werden die Ziele verfehlt, kann der Bundesrat die Vereinbarungen allgemeinverbindlich erklären oder ihre Inhalte direkt ins Verordnungsrecht übernehmen. Damit entfällt die Freiwilligkeit faktisch. Unternehmen könnten Pflichten auferlegt werden, die sie nie mitverhandelt haben. Das betrifft insbesondere die Lebensmittelhersteller. Gleichzeitig entstünde ein Weg, um neue Regeln ohne parlamentarische Debatte einzuführen. Aus Sicht von economiesuisse müssen die Ziele von den Branchen definiert werden und die Teilnahme muss zwingend freiwillig bleiben. Der Bund kann koordinieren und unterstützen, aber nicht vorschreiben.

Marktbeobachtung: Mehr Meldepflichten ohne Mehrwert

Die Vorlage weitet die staatliche Marktbeobachtung deutlich aus. Künftig sollen Preise, preisbildende Faktoren und Wertschöpfungseffekte auf allen Stufen zusätzlich erhoben werden, von den Vorleistungen bis zum Verbrauch. Zudem müssen Branchen- und Produzentenorganisationen ihre Richtpreise samt Herleitung melden. Dies verursacht zusätzlichen administrativen Aufwand für Unternehmen und Verwaltung. Unter Umständen müssen dabei auch sensible Geschäftsinformationen offengelegt werden. Für die Einkommen der Produzentinnen und Produzenten bringen die zusätzlichen Daten hingegen nichts. economiesuisse erachtet die heutigen Bestimmungen als ausreichend.

Druck aus dem Parlament prägt die Vorlage des Bundesrats

Die AP30+ steht für eine problematische Entwicklung, die sich seit einigen Jahren abzeichnet: Staatliche Eingriffe in die Agrarmärkte gelten zunehmend als Lösung für jedes Problem. Beispiele in der aktuellen Vorlage sind neben den oben erwähnten Instrumenten auch der Referenzpreis für verkäste Milch, die Allgemeinverbindlicherklärung von Standardverträgen und die Ausweitung der Selbsthilfemassnahmen. Für die zunehmend dichtere Regulierung und den stetig steigenden staatlichen Einfluss in der Agrarpolitik trägt auch das Parlament Verantwortung. Es hat in den vergangenen Jahren Vorstösse durchgewunken, die zusätzliche Markteingriffe verlangen. In der Summe verzerren diese Massnahmen die Preisbildung, erhöhen die Abhängigkeit von staatlicher Unterstützung und schwächen langfristig die Wettbewerbs- und Anpassungsfähigkeit der gesamten Land- und Ernährungswirtschaft.

Mehr Fokus auf Wettbewerbsfähigkeit, Unternehmertum und Innovation

Mit zusätzlicher Bürokratie und staatlicher Preissteuerung lassen sich die Einkommen der Landwirtschaft nicht nachhaltig verbessern. Entscheidend sind Produktivität, Innovation und unternehmerischer Spielraum für die Betriebe. Auch eine wettbewerbsfähige Verarbeitung im Inland als wichtiger Absatzkanal ist für das System von Bedeutung.

economiesuisse fordert deshalb eine grundlegende Überarbeitung der Vorlage. Es braucht eine Vereinfachung statt noch mehr Administration. Es braucht einen Abbau von marktverzerrenden Instrumenten statt zusätzlicher Eingriffe. Es braucht mehr Gestaltungsspielraum und Eigenverantwortung entlang der gesamten Wertschöpfungskette.

Rudolf Minsch
Leiter Wirtschaftspolitik & Aussenwirtschaft, Chefökonom, Stv. Vorsitzender der Geschäftsleitung

Guido Saurer
Stv. Bereichsleiter Wirtschaftspolitik & Bildung

© economiesuisse | www.economiesuisse.ch